

# E-Government kann's richten

Das Krisenjahr ist überstanden, nicht jedoch die Krise, deren Folgen 2010 insbesondere die Kommunen spüren werden. Wir haben Wirtschaft, IT-Dienstleister und IT-Verantwortliche nach den Auswirkungen auf IT-Projekte der öffentlichen Hand gefragt.

**G**emäß der aktuellen Prognose der kommunalen Spitzenverbände zur Finanzlage der Kommunen in den Jahren 2009 und 2010 befürchten Städte, Kreise und Gemeinden für dieses Jahr ein Rekorddefizit von zwölf Milliarden Euro. In der bislang schwersten kommunalen Finanzkrise im Jahr 2003 lag das Defizit bei 8,4 Milliarden Euro. Von den Steuerverlusten im vergangenen Jahr waren die Kommunen von allen drei Verwaltungsebenen am stärksten betroffen. Hier lag der Einbruch bei gut 10 Prozent. Mit 17,4 Prozent stürzten insbesondere die Gewerbesteuererinnahmen stark ab, für 2010 wird hier ein weiteres Minus von 4,4 Prozent erwartet. Den nicht so hohen Rückgang der kommunalen Einnahmen von 1,4 Prozent in diesem Jahr erklärt sich der Deutsche Städtetag vor allem durch das Konjunkturpaket II. Dieses wirkt sich zugleich auf die kommunalen Ausgaben aus, die sich insgesamt voraussichtlich um 2,9 Prozent erhöhen werden.

Die kommunalen Investitionen sind 2009 um 1,7 Prozent gestiegen. 2010 wird gar ein Plus von

14,2 Prozent erwartet, weil die Gelder aus dem Konjunkturpaket erst nach Projektabschluss fließen. Ohne das Zukunftsinvestitionsgesetz wären nach Angaben des Deutschen Städtetages Rückgänge bei den Investitionen unvermeid-



Mit IT einen Ausweg aus der Krise finden.

bar gewesen. Die Investitionen außerhalb des Konjunkturpakets nehmen nämlich sowohl 2009 wie 2010 deutlich ab.

Das veränderte Investitionsverhalten kann auf die geringeren Steuereinnahmen zurückgeführt werden. Laut Andreas Kießling, IBM-Vertriebsbereichsleiter Länder und Kommunen, werden die Ausfälle nicht nur durch eine erhöhte Kreditaufnahme, sondern auch durch eine stärkere Kostendisziplin kompensiert, was letztendlich einen Rückgang der

Investitionstätigkeiten zur Folge habe. Kießling geht davon aus, dass sich die Entwicklung auch auf den Bereich der IT niederschlägt. Dies sei jedoch der falsche Weg, da der Informationstechnik eine Schlüsselrolle zukomme, wenn es darum geht, die Effizienz der Verwaltung zu erhöhen, Ressourcen zu schonen und strukturell bedingte Kosten zu senken. Jochen Michels, Leiter PR und Marketing beim Lübecker Unternehmen MACH, ist ebenfalls der Meinung, dass Verwaltungen unter den gegebenen Rahmenbedingungen nur mit den passenden IT-Werkzeugen die immer komplexeren

Anforderungen bewältigen und kosteneffizient arbeiten können. Alois Geiger, Bereichsleiter IuK beim Amt für Organisation und Informationsverarbeitung der Stadt Nürnberg, fügt hinzu: „Bei der IT würde sich die Verwaltung mit einem Sparen um jeden Preis wichtige Selbstheilungskräfte nehmen. Denn Innovationen und Rationalisierungen sind heute meist nur durch oder mit begleitender IT-Unterstützung möglich.“ Dass es um ein Sparen mit statt an Informationstechnik gehen muss, meint auch Matthias Kammer, Vorstands-

vorsitzender des IT-Dienstleisters Dataport. Alexander Schroth, Vorstandsvorsitzender der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB), pflichtet ihm bei: „Wir empfehlen den Kommunen, in IT zu investieren – um der Wirtschaftskrise zu trotzen.“

Diese Erkenntnis scheint sich mancherorts schon durchgesetzt zu haben. Bernd Lehmann, IT-Leiter der Stadt Siegburg, sagt: „Natürlich hat die aktuelle Finanzsituation der Kommunen erhebliche Auswirkungen auf die Investitionsmöglichkeiten. Aber gerade in diesen Zeiten kommt der IT eine entscheidende Bedeutung zu, um das Verwaltungshandeln noch effizienter und kostengünstiger zu gestalten. Insofern gehe ich davon aus, dass es auch weiterhin Investitionen im IT-Bereich geben wird. Allerdings sind hier die goldenen Zeiten vorbei.“ Letzteres kann der Nürnberger IT-Leiter Alois Geiger bestätigen: „Im aktuellen Haushalt haben wir pauschale Kürzungen von fünf Prozent zu verkraften. Bislang konnten wir vieles durch interne Optimierungsmaßnahmen abfedern. Eines der letzten großen Projekte war die IT-Konsolidierung in der gesamten Stadtverwaltung, die neben vielen Standardisierungsmaßnahmen auch mit einer Rezentralisierung der Aufgabenwahrnehmung verbunden war und einen erheblichen Konsolidierungsbeitrag geleistet hat. Diese Potenziale sind jedoch begrenzt und allmählich erschöpft.“ Da ist es nicht verwunderlich, dass Kommunen verstärkt nur den Preis und nicht die Qualität vergleichen. Ein Trend, den etwa Rolf Beyer, Verbandsgeschäftsführer der Kommunalen Datenverarbeitung Oldenburg (KDO), beobachtet. Er meint aber

auch: „Mit Blick auf die Haushaltslage scheint diese Vorgehensweise verständlich, perspektivisch gesehen sicherlich nicht.“ Gerade in Zeiten, in denen die Mittel knapp werden, solle richtig investiert werden. Und Investitionen in IT könnten zu nachhaltigen Einsparungen führen. Peter Kühne, Geschäftsführer von Lecos, dem IT-Dienstleister der Stadt Leipzig, ist der gleichen Meinung: „Gerade in Zeiten knapper Kassen und der daraus resultierenden Notwendigkeit, Kosten zu reduzieren, ist dem Instrument IT große Bedeutung beizumessen. Andere Wirtschaftsbereiche haben bereits vorgemacht, wie Kostendruck durch neu organisierte Prozesse gemindert werden kann – und das zumeist mit IT-Unterstützung.“ Auch IBM-Ma-

nager Andreas Kießling sieht in der Prozessoptimierung hohe Einsparpotenziale. Die Datenzentrale Baden-Württemberg verzeichnet nach eigenen Angaben eine verstärkte Nachfrage nach modular aufgebauten Software-Lösungen, die helfen, Geschäftsprozesse zu optimieren, Verwaltungsabläufe zu verschlanken und die Servicequalität zu verbessern. Eine schnelle Veränderung und Optimierung von Prozessen beobachtet auch die Firma MACH – sowohl im Dokumenten-Management als auch im Finanzwesen.

Zu einer effizienteren Steuerung des Mitteleinsatzes können laut AKDB-Vorstandsmitglied Rudolf Schleyer neue Controlling- und Reporting-Instrumente in den Fi- ▶

nanzverfahren führen. Und zwar unabhängig vom Buchungsstil. Matthias Kammer von Dataport ergänzt: „Verbesserte Steuerungsinstrumente können dazu beitragen, die Verwaltung effektiver zu machen. Die Einführung der Doppik ist dabei nur ein erster Schritt; gerade in größeren Verwaltungen ermöglicht nur eine betriebswirtschaftliche Kostenrechnung das notwendige outputorientierte Controlling.“ Die damit erzielte Kostentransparenz werde dazu beitragen, dass Kooperationsmodelle wie Shared Service Center sowie die arbeitsteilige Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Partnern stärker in den Vordergrund rücken.

IBM-Manager Andreas Kießling hatte bereits im vergangenen Jahr

bei einem Redaktionsgespräch mit Kommune21 darauf hingewiesen, dass es vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise immer häufiger Überlegungen geben werde, welche der nicht-hoheitlichen Aufgaben ausgelagert oder gemeinsam mit anderen Kommunen erledigt werden können. Reinhold Harnisch, Geschäftsführer des Kommunalen Rechenzentrums Minden-Ravensberg/Lippe (KRZ), weist noch auf einen anderen Aspekt hin: „Ein zunehmend wichtiger Beitrag der IT zur Konsolidierung der Haushalte wird die Übernahme ortsnaher Services sein. Hier geht es nicht um ein seelenloses Zentralisieren, sondern um einen optimalen Service im lokalen Bereich in Verbindung mit einer starken Organisation im

Back Office des Verbandes.“ Aber auch für die Dienstleistungserbringer werden Veränderungen erwartet. Kießling: „Der Markt der kommunalen IT-Dienstleister wird auf jeden Fall in Bewegung kommen.“ Vorstellbar sei beispielsweise, dass es zu Neugründungen privater IT-Dienstleister kommt. Auch Dataport geht davon aus, dass die Krise den wirtschaftlichen Druck auf die öffentlich-rechtlichen IT-Dienstleister weiter erhöhen wird. Die strategische Entwicklung zu einer verstärkten arbeitsteiligen Zusammenarbeit bis hin zu Unternehmensfusionen werde zeitlich vorgezogen und beschleunigt.

Einen zunehmenden Konkurrenzdruck im kommunalen Bereich erwartet auch Frank Wondrak,

## Akzente setzen

**Die Mittel aus dem Konjunkturpaket II haben die wenigsten Kommunen in IT-Projekte investiert. Eine Zwischenbilanz aus Sicht der IT-Wirtschaft.**

Im Februar 2009 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland beschlossen. Ihren Gestaltungsspielraum hinsichtlich der Höhe der Investitionen sowie bei der genauen Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II haben die Länder und Kommunen unterschiedlich genutzt. Im Schnitt liegt der IKT-Investitionsanteil in allen Ländern deutlich unter zwei Prozent der gesamten Fördersumme. Soweit überhaupt in Informationstechnologie und Tele-

kommunikation investiert worden ist, wurde der Löwenanteil in die Verbesserung der Breitband-Anbindung gesteckt. Da Breitband-Investitionen zu etwa 80 Prozent in Tiefbaumaßnahmen fließen, kommt der Hightech-Wirtschaft kaum etwas von den Fördermitteln zugute. Investitionen in die IT-Infrastruktur oder in neue, kundenfreundliche Anwendungen, welche die Verwaltung mittelfristig wirtschaftlicher arbeiten lassen, sind in den Ländern kaum nachweisbar.

Dieses Bild bestätigt eine Umfrage, welche der Branchenverband BITKOM Ende des Jahres 2009 unter den Bundesländern durchgeführt hat: Demnach wurden in den Ländern durchschnittlich ein bis maximal zwei Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel

für IT-Projekte eingesetzt, die zudem unterschiedlichsten Förderbereichen wie etwa Städtebau oder IT-Infrastruktur und Medienausstattung von Schulen zugeordnet werden. Der Anteil der Investitionen für originäre IT-Projekte der öffentlichen Verwaltung, wie etwa die Implementierung eines Ratsinformationssystems oder von E-Government-Anwendungen, ist dagegen extrem gering.

Die öffentliche Hand sollte nun durch gezielte Investitionen die richtigen Akzente zur Verwaltungsmodernisierung setzen. Hierbei könnten die Mittel aus dem Konjunkturpaket II helfen.

*Dr. Pablo Mentzini ist Bereichsleiter Public Sector beim Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM).*

Vorsitzender der Geschäftsführung der Kommunalen Datenverarbeitung Region Stuttgart sowie der Rechenzentrum Region Stuttgart GmbH. Es gelte in einem härteren Wettbewerb zu bestehen. Die IT-Industrie verstärke in der Finanz- und Wirtschaftskrise ihr Engagement im Public Sector. Die Unternehmen hätten gelernt, dass die öffentliche Hand insgesamt am meisten in IT investiert. Ralph-Peter Rembor, Leiter des Geschäftsbereichs Public Services bei SAP Deutschland, kann dies bestätigen: „Trotz anhaltender Wirtschaftskrise verzeichnete SAP im Bereich der öffentlichen Auftraggeber im Jahr 2009 eine stabile Geschäftsentwicklung.“ Ähnliche Erfahrungen hat das Unternehmen MACH gemacht. Jochen Michels: „Die öffentliche Hand hat in unseren Anwendungsbereichen keine IT-Projekte verschoben. Zudem sind nicht unerhebliche Mittel aus dem Konjunkturpaket in IT-Vorhaben geflossen. Wir konnten auch im Jahr 2009 unseren Umsatz um gut 15 Prozent steigern. Insofern haben wir im Gegensatz zu anderen Branchen aktuell keine Auswirkungen gespürt.“ Aufgrund laufender Verträge sowie den Möglichkeiten der Verwaltungen, weitere Effizienzgewinne durch den Einsatz von IT zu erzielen, werde die Krise nicht zu relevanten Auftragseinbrüchen führen, ist auch Dataport-Vorstandsvorsitzender Matthias Kammer überzeugt. Und KDO-Verbandsgeschäftsführer Rolf Beyer kann der Krise sogar noch etwas Positives abgewinnen: „Ich sehe den Zwang zum Sparen eher als eine Chance zum Wandel und die Krise als Initialzündung, neue Wege zu beschreiten.“

*Alexandra Reiter*